



Stadt Landsberg am Lech

N i e d e r s c h r i f t

3. Sitzung des Jugendbeirates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 14.06.2007
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	86899 Landsberg am Lech Spöttinger Straße 20, Sitzungszimmer im Jugendzentrum

Anwesende:

Herr Lehmann, Ingo	Oberbürgermeister	SPD
Frau Juchem, Barbara		CSU
Herr Althoff, Lukas		Jugendbeirat
Frau Heinisch, Therese		Jugendbeirat
Herr Karsch, Sebastian		Jugendbeirat
Frau Matus, Michaela		Jugendbeirat
Frau Meiser, Katrin		Jugendbeirat
Herr Pioch, Jonas		Jugendbeirat
Herr Schumacher, Thomas		Jugendbeirat
Herr Storz, Jonas		Jugendbeirat
Frau Wortner, Julia		Jugendbeirat

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Jugendbeirat - Änderung der Satzung
Vorlage: 1150/2007-130
- 3 Jugendbeirat - Änderung der Geschäftsordnung
Vorlage: 1161/2007-130
- 4 Stadtbustarife - Ermäßigungen
Vorlage: 1162/2007-130
- 5 Planungen Bolzplatz am Kornfeld
Vorlage: 1163/2007-130
- 6 Beachvolleyballplatz Altstadtbereich
Vorlage: 1164/2007-130
- 7 Fritz-Beck-Schule (Hauptschule) - Planungen Förderzentrum
Vorlage: 1165/2007-130
- 8 Skateranlage an der Turnhalle Lechstraße
Vorlage: 1166/2007-130
- 9 Streethockeyplatz am alten Eisstadion
Vorlage: 1167/2007-130
- 10 Basketballplatz Obere Wiesen
Vorlage: 1168/2007-130
- 11 Sportplatz Grundschule Katharinenvorstadt
Vorlage: 1169/2007-130
- 12 Wünsche und Anträge

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Oberbürgermeister Lehmann**, begrüßt alle Anwesenden und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Jugendbeirat - Änderung der Satzung
Vorlage: 1150/2007-130

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, dass es acht Punkte gibt die geändert werden sollen. Er schlägt vor, dass Punkt für Punkt abgearbeitet und diskutiert wird.

Jonas Pioch will, dass das aktive Wahlrecht auch auf Schüler außerhalb der Stadt Landsberg übertragen wird.

Oberbürgermeister Lehmann gibt zu verstehen, dass im diesen Punkt die Position der Stadt Landsberg klar ist, und diese Position rechtlich fixiert ist. **Oberbürgermeister Lehmann** sagt zum zweiten Punkt, das Kandidieren am Wahltag wird ohnehin zugelassen, auch ohne die Änderung der Satzung.

Jonas Pioch fragt, ob das nicht überprüft werde.

Referatsleiter Frey entgegnet dieser Frage, dass es wie bisher gehandhabt wird, ohne dass es Änderungen geben wird oder vorgenommen werden.

Oberbürgermeister Lehmann fragt zum dritten Punkt nach, ob sich der Jugendbeirat wirklich auf 13 Mitglieder vergrößern will?

Jonas Pioch sagt sofort, dass es hier einen Absprachefehler gab, und dies kein Wunsch des Jugendbeirates sei. Es sollen 11 gewählte Jugendliche sein.

Oberbürgermeister Lehmann fragt nach, was es für Wünsche zum Punkt Rede-recht gibt.

Therese Heinisch erklärt, dass der Jugendbeirat auch mal gerne das Wort Gäste aus dem Publikum erteilen würde.

Oberbürgermeister Lehmann antwortete auf diese Bitte, dass der Vorsitzende das Rederecht, ins Publikum mit Zustimmung des Gremiums, jederzeit geben darf, und hier die Regeln der Gemeindeordnung gelten. Außerdem habe er, als Vorsitzender der Jugendbeiratssitzungen, kein Problem damit, andere sprechen zu lassen.

Therese Heinisch entgegnet, dass dies nicht immer der Fall war, und beruft sich auf einen Fall aus der Vergangenheit.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, dass es sich damals um ein Thema aus dem Stadtrat gehandelt hat und er Wortmitteilungen aus dem Publikum vorher wissen sollte um die Struktur und Ordnung der Sitzung beibehalten zu können, dies aber generell kein Problem darstelle.

Oberbürgermeister Lehmann will zum nächsten Punkt, die Entschädigung pro Sitzung zunächst keinen Kommentar abgeben.

Jonas Pioch beschwert sich darauf hin, dass die bisherig bezahlte Entschädigung einfach zu gering sei, da diese bei den ganzen Telefonkosten etc. bei weitem nicht ausreichte und er aber auch nicht alle Telefonrechnungen bei Herrn Frey einreichen könne, da es zu unübersichtlich sei, wegen den auch privat geführten Gesprächen.

Therese Heinisch fügt noch an, dass der Jugendbeirat sehr aktiv sei, und deshalb eine höhere Entschädigung angemessen sei.

Oberbürgermeister Lehmann weißt Therese Heinisch und Jonas Pioch, die beiden Jugendbeiratssprecher darauf hin, dass sie über diese Thematik nochmals mit Herrn Frey sprechen sollen, es aber auf keinen Fall eine Entschädigung für alle Jugendbeiräte geben wird. Er wird diesen Wunsch dem Stadtrat nicht vorlegen.

Jonas Pioch schlägt z. B. einen Pauschalbetrag von 2 Euro pro Sitzung vor.

Oberbürgermeister Lehmann hält an seinem Standpunkt fest und erklärt noch mal, dass es keine Pauschalzahlungen im Jugendbeirat geben wird.

Jugendreferentin Frau Juchem ist ebenfalls der Meinung, dass der Aufwand für den Jugendbeirat sehr hoch sei und die Entschädigung erhöht werden könnte.

Oberbürgermeister Lehmann sagt, die Jugendbeiratssprecher sollen sich mit Referatsleiter Herrn Frey zusammensetzen und eine Lösung finden. Er bleibe aber bei seinem Standpunkt, keine Pauschalzahlungen einzuführen.

Oberbürgermeister Lehmann führt bei Punkt sechs an, dass er mit der Bitte, die Wörter Vorsitzender mit OB auszutauschen, nicht zum Stadtrat gehe.

Jonas Pioch erklärt, dass dies zum Allgemeinen und Besseren Verständnis diene.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt weiter, dass es hier aber auch an formellen Problemen scheitere, wenn z. B. er selbst mal nicht da sei, und seine Vertretung da wäre, würde es auch wieder nicht stimmen, und außerdem müde er dieses Verständnis den Jugendliche zu.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt zu Punkt 7, dass Sachverständige jederzeit mit einbezogen werden können, es müsse nur im Voraus bekannt sein.

Therese Heinisch fragt nach, wie lange im Voraus dies bekannt sein müsse?

Referatsleiter Frey sagt, dies müsse mit Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgen.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt zum letzten Punkt, Protokoll und somit Beschlüsse werden vom Vorsitzenden unterzeichnet. Der Jugendbeirat kann dagegen Einspruch einlegen, und dann wird dieser Punkt erneut diskutiert.

Ergebnis:

1. Die Änderung der Satzung zur Erweiterung des aktiven Wahlrechts für Schüler von außerhalb der Stadt Landsberg am Lech kann aus rechtlichen Gründen der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern nicht erfolgen.
2. Die bei der Jungbürgerversammlung praktizierte Praxis der weiteren Verkürzung der Vorschlagsfrist auf den Wahlabend ist zwar für spontane Kandidaturen aus dem Publikum wünschenswert, würde jedoch in Anbetracht der gesetzlichen Regelungen (s. o.) einer rechtsaufsichtlichen Prüfung nicht standhalten. Aus diesem Grund wird die Aufnahme in die Satzung nicht empfohlen.
3. Nach Beschluss des Stadtrats vom 23.05.2007, TOP 4, wird die Zahl der zum Jugendbeirat gewählten Mitglieder von bisher 9 auf **11** für die Wahlperiode 2007 -2009 erhöht.
4. Es ist nicht möglich, die Satzung des Jugendbeirats dahingehend zu ändern, dass der Jugendbeiratssprecher das Wort erteilt, wenn der Vorsitzende das Wort nicht erteilt.
5. Die Arbeit des Jugendbeirates erfolgt ehrenamtlich. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung pro Sitzung wird für den Jugendbeirat der Stadt Landsberg am Lech nicht empfohlen.
6. Die Änderung des Worts Vorsitzenden in OB in der Satzung und der Geschäftsordnung des Jugendbeirates kann erfolgen. Eine Änderung der Satzung wäre möglich, hat aber nur redaktionellen Charakter und keine sachlichen Auswirkungen.
7. Das Zuziehen von externen Sachverständigen ist aus rechtlicher Sicht auf dieser Grundlage möglich. Dies gilt analog durch einen Mehrheitsbeschluss des Jugendbeirates.

8. Eine zwingende Unterzeichnung der Beschlüsse durch den Jugendbeiratssprecher ist rechtlich ausgeschlossen, vielmehr ist dem Jugendbeirat das Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen, analog der Handhabung im Stadtrat.

zu 3 Jugendbeirat - Änderung der Geschäftsordnung
Vorlage: 1161/2007-130

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, dass es kein Problem sei, vier Jugendbeiratssitzungen im Jahr abzuhalten. Dies kann aber vom Jugendbeirat nicht erzwungen werden, sondern geschehe auf freiwilliger Basis. Er ist damit einverstanden.

Jonas Pioch erläutert, dass es aber gut wäre, dies in der Geschäftsordnung für die Zukunft und die Zeit nach Oberbürgermeister Lehmann festzuhalten, um dann ebenfalls mindestens vier Sitzungen abhalten zu können.

Oberbürgermeister Lehmann wiederholt nochmals, dass dies nicht erzwungen werden kann und geht über zum nächsten Punkt. Er sagt hierzu, dass die Tagesordnung formell von Referatsleiter Frey in Zusammenarbeit mit dem Jugendbeirat festgesetzt wird.

Jonas Pioch fragt nach, ob die Stadtverwaltung hier Tagesordnungspunkte abändern kann, oder vielleicht ganz raus nehmen kann, die als Vorschlag vom Jugendbeirat kommen.

Oberbürgermeister Lehmann führt dazu aus, dass dies theoretisch schon möglich wäre, aber nicht im Interesse der Stadtverwaltung liegt, da der Jugendbeirat jeden Punkt spätestens bei Wünsche und Anträge noch mal aufgreifen könnte.

Zu dem Punkt Tonaufnahmen während der Jugendbeiratssitzung erklärt **Oberbürgermeister Lehmann**, dass jeder Anwesende damit einverstanden sein muss, um dies bewilligen zu können.

Oberbürgermeister Lehmann erläutert nun, dass die Geschäftsordnung mit vier Sitzungen im Jahr geändert wird, und stellt hierfür Einstimmigkeit im Jugendbeirat fest.

Ergebnis:

1. **Rederecht erteilbar durch mehrheitliche Abstimmung des Jugendbeirats**
Eine Erteilung des Rederechts durch eine mehrheitliche Abstimmung des Jugendbeirats ist nicht möglich.
2. **4 Sitzungen pro Jahr**
Die Änderung des § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Jugendbeirats, dass vier Sitzungen pro Jahr stattfinden wird vorgeschlagen.
3. **OB und der Sprecher des Jugendbeirats setzen die Tagesordnung fest**
Die Geschäftsordnung des Jugendbeirats kann nicht dahingehend geändert werden, dass OB und Sprecher des Jugendbeirats die Tagesordnung festsetzen.
4. **Tonaufnahmen für private Rekonstruktion**
Eine Tonbandaufnahme für private Rekonstruktionen mitlaufen zu lassen ist generell nicht zulässig.

Oberbürgermeister Lehmann weist den Jugendbeirat darauf hin, dass zu diesem Punkt der Beschluss des Finanzausschusses mit Begründung vorliegt.

Jonas Pioch erklärt, dass die Umrüstung der Automaten eigentlich keinen großen Aufwand darstellt, da man hier nur neue Aufkleber anbringen müsste mit dem Hinweis auf die neuen Preise. Somit würden mehr Jugendliche den Stadtbus nutzen, und es würde ein Gewinn entstehen. Außerdem schlägt er vor, die Werbung für den Stadtbus zu erhöhen, z. B. an den Schulen Gutscheine verteilen.

Jonas Storz schließt noch die Frage an, warum die Stadtbusse nicht auf das billigere Pflanzenöl umgerüstet werden?

Oberbürgermeister Lehmann entgegnet diesen Argumenten, dass es über die Tarife des Stadtbusse eigentlich keine Diskussion gibt, da man zum einen an die Tarife der Tarifgemeinschaft gebunden ist, und zum Anderen müssten die verbilligten Tarife erst mal ausreichend begründet werden. Außerdem werden die Ausgaben in diesem Bereich immer höher, im Gegensatz zu den Einnahmen. Das liege an den höheren Personalkosten, da es immer mehr Linien gibt. Daher dürfe hier keine weitere finanzielle Belastung hinzukommen. Auch müsste man bei verbilligten Fahrpreisen für Jugendliche überlegen, wie man z. B. Hartz 4 Empfänger behandelt. **Oberbürgermeister Lehmann** führt noch an, dass die Stadt Landsberg im Vergleich zu anderen Städten nicht teurer ist und wiederholt, dass auch der Finanzausschuss sich dagegen entschieden hat. Warum die Stadtbusse nicht auf Pflanzenöl umgebaut werden entgegnet **Oberbürgermeister Lehmann** mit den Aspekten, es gäbe derzeit keine entsprechenden Angebote für Busse und auch keine Garantien für die korrekte Umrüstung der Busse. Außerdem wurde dieses Thema bereits untersucht und für negativ empfunden.

Jonas Pioch und Therese Heinisch fragen noch, warum die Stadtbusse nicht alle zwanzig Minuten fahren können, sondern nur jede halbe Stunde?

Oberbürgermeister Lehmann sagt, dass diese Umstellung das bereits bestehende Defizit um ca. 50 % erhöhen würde und wiederholt das man in Landsberg bereits billiger als in den Nachbarstädten sei. Bereits ab 14 Jahren zahlt man als Erwachsener, da die Stadt Landsberg an die Bestimmungen in der Tarifgemeinschaft gebunden sei.

Ergebnis:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 25.01.2006 für den Stadtbus die Ermäßigung der Stadtbustarife für Schüler, Azubis, Studenten und Kinder abgelehnt und mehrheitlich die Beibehaltung der Tarifordnung ohne Ermäßigungen beschlossen. Die Grundlage für eine andere Beurteilung des Sachverhalts ist nicht gegeben, die Beschlusslage wird nicht geändert. Die Kenntnisnahme wird festgestellt.

zu 5 Planungen Bolzplatz am Kornfeld
Vorlage: 1163/2007-130

Dominic Kauk erklärt, dass an diesem Platz unbedingt Fangzäune angebracht werden müssten, da dieser Platz sonst ungeeignet wäre zum Fußballspielen. Der Grund dafür läge daran, dass der Ball regelmäßig in dicken Sträuchern und Hecken verschwinde. Im Anschluss daran zeigt er eine Powerpointpräsentation.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, dass dies geprüft werden müsste, aber dieses Vorhaben auch eine Kostenfrage sei. Gleichzeitig weißt er darauf hin, dass der Bolzplatz an der Weilheimer Straße vom Bauhof wieder Instand gesetzt wurde und wieder eröffnet ist.

Jonas Pioch fragt, ob die Eröffnung zusammen mit der Presse noch mal wiederholt werden könne, um den Bekanntheitsgrad des Platzes zu erhöhen.

Oberbürgermeister Lehmann stimmt dem Vorschlag zu.

Therese Heinisch fragt, ob der Platz am Kornfeld trotzdem geprüft wird.

Oberbürgermeister Lehmann bestätigt auch dies noch mal und bringt als Beschlussvorschlag ein, diese Angelegenheit mit Herrn Stimmer zu besprechen.

Ergebnis:

Der Jugendbeirat nimmt davon Kenntnis, dass die Planungen für den Bolzplatz am Kornfeld derzeit laufen. Der Jugendbeirat wird in die Planungen einbezogen und wird in Kürze in das Stadtbauamt eingeladen.

zu 6 Beachvolleyballplatz Altstadtbereich
Vorlage: 1164/2007-130

Oberbürgermeister Lehmann erklärt zu diesem Thema eine Powerpointpräsentation, die von Frau Stückler aus dem Bauamt angefertigt worden ist.

Jonas Pioch fragt nach der Präsentation, ob nicht die Stadt Landsberg gemeinsam mit dem Landkreis der Bayerischen Regierung den Vorschlag machen könnte, die Schutzabstände zu verringern.

Oberbürgermeister Lehmann führt aus, dass dies in der Sportanlagenlärmschutzverordnung verankert sei. Er empfinde es genauso wie der Jugendbeirat. Diese Hürde sei aber zu groß, um sie zu überwinden. Er sagt dem Jugendbeirat außerdem noch zu, dass er nach Stellungnahmen des Städtetags zu diesem Thema schaut, und den Jugendbeirat darüber unterrichte.

Ergebnis:

Von den Standortuntersuchungen für einen Beachvolleyballplatz im Altstadtbereich wurde Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Lehmann stellt fest, dass Herr Schuldirektor Steinhart vom Jugendbeirat zu diesem Thema eingeladen worden ist. Er erklärt, dass es vor zwei Jahren eine Besichtigung der SFZ hierzu gab. Dabei sei festgestellt worden, dass es hier sehr große Mängel gibt und eine Gefahr für die Gesundheit der Schüler bestehe. Außerdem seien die Kosten für eine Sanierung sehr hoch. Auf Grund dessen wurden die Kosten für einen Neubau ermittelt und auch mögliche Standorte wie z. B. zwischen dem DZG und der Fritz-Beck-Schule. Auf Vorschlag des Stadtrats hat die Stadt dann zusammen mit dem Landratsamt beschlossen, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Das Landratsamt ermittle nochmals die Kosten für einen eventuellen Neubau oder eine Sanierung. Dies sei der derzeitige Stand zu diesem Punkt.

Therese Heinisch fragt nach, wie weit die Machbarkeitsstudie im Moment sei.

Oberbürgermeister Lehmann antwortete, dass es noch keinen Beschluss gibt und sie noch in Bearbeitung sei.

Jonas Pioch und Therese Heinisch bemängeln beide den ausgesuchten Platz für das Förderzentrum. Außerdem ist bei der Machbarkeitsstudie, ihrer Meinung nach, der pädagogische Aspekt völlig außer Acht gelassen worden. Es sei auch nicht realisierbar, dass Kinder von 3 Jahren mit 18-jährigen Schülern der Fritz-Beck-Schule zusammen kommen.

Oberbürgermeister Lehmann wehrt jede Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt ab und weißt darauf hin, dass erst die Möglichkeiten untersucht werden und dann die Fakten betrachtet werden sollten. Außerdem fügt er noch an, dass die Machbarkeitsstudie vom Kreissausschuss behandelt wird, und der pädagogische Aspekt mit Sicherheit nicht außer Acht gelassen wird. **Oberbürgermeister Lehmann** teilt noch mit, dass er es nicht für richtig halte, dass sich der Jugendbeirat eine Meinung bildet, sich hierzu auch viele Gesprächspartner sucht und viele Meinungen einholt, aber keiner das Gespräch mit dem Oberbürgermeister gesucht hat.

Jonas Storz stellt wiederholt den Standort aus pädagogischer Sicht in Frage.

Jugendreferentin Juchem sagt, sie sei im ersten Moment derselben Meinung gewesen, man solle jetzt aber mal abwarten, und die Aggressivität und strikte Ablehnung zu diesem Thema raus nehmen.

Oberbürgermeister Lehmann wiederholt auch noch mal, man solle erst die Machbarkeitsstudie abwarten, denn oft gibt es hier für alle überraschenden Ergebnisse.

Therese Heinisch kritisiert an der Machbarkeitsstudie, dass hier die wirtschaftlichen Aspekte im Vordergrund stehen, und erst dann die pädagogischen.

Oberbürgermeister Lehmann widerspricht Therese Heinisch und erklärt, dass lediglich seine Überlegungen beim wirtschaftlichen Aspekt angefangen haben, somit der Sachstand zu diesem Punkt ausführlich besprochen wurde und kein Ergebnis vorweg genommen werden sollte.

Ergebnis:

Der Jugendbeirat nimmt vom Sachvortrag durch OB Lehmann zustimmend Kenntnis.

Sebastian Karsch führt an, der jetzige Skateplatz sei zum Skateboard fahren ungeeignet, da er für Inliner ausgelegt sei, da die Geräte nicht aus Holz seien und noch dazu es bei dem Standpunkt immer wieder Probleme mit den Fußballspielern gibt.

Oberbürgermeister Lehmann entgegnet, dass dieser Platz für rund 70.000 € unter Mitwirkung des Jugendbeirates erbaut worden ist und fragt, weshalb er jetzt auf einmal nicht mehr gut genug sei.

Sebastian Karsch erklärt, er sei nur für Inliner gut, nicht aber für Skateboardfahrer.

Jonas Storz fügt an, dass viele Jugendliche bereits in andere Städte ausweichen und fragt, ob die damalige Firma gut gewesen sei?

Oberbürgermeister Lehmann sagt, die Firma sei zusammen mit dem damaligen Jugendbeirat ausgesucht worden.

Referatsleiter Frey fügt an, dass die Anlage sowohl für Inliner als auch für Skater laut Bauamt geeignet sei, und der Standort auch von dem damaligen Jugendbeirat als ideal betrachtet wurde.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, dass es aus diesen Gründen keinen neuen Platz geben wird, und eine Sanierung dann geschehe, wenn sie anstehe.

Jonas Pioch fragt noch, ob man den dort stehenden Scheinwerfer so ausrichten könne, dass der auf den Platz strahle. **Oberbürgermeister Lehmann** stimmt dem zu.

Ergebnis:

Der Jugendbeirat nimmt davon Kenntnis, dass die bestehende Skateranlage zwischen Inselbad und Turnhalle Lechstraße, die im Jahre 2001 mit einem erheblichen finanziellen Aufwand errichtet wurde, den technischen Anforderungen entspricht.

Jonas Pioch stellt zusammen mit dem Jugendbeirat zu diesem Thema eine Powerpointpräsentation vor und beklagt den ungepflegten Platz auf dem Gelände des ehemaligen Eisstadions.

Thomas Schuhmacher fragt noch nach, warum das Schild mit der Aufschrift „Benutzung des Platzes auf eigene Gefahr“ dort stehe, da er sich bei der Polizei erkundigt hat, und dort erfahren hat, dass dieses Schild für Fußgänger gilt, dort aber trotzdem PKW und LKW abgestellt werden.

Oberbürgermeister Lehmann entgegnet, dass es rechtswidrig sei, sein Fahrzeug dort abzustellen, und das Schild dem Haftungsausschluss der Stadt Landsberg diene.

Thomas Schuhmacher fragt, warum es die Stadt dann dulde.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, dass dies im eigenen Ermessen der Stadt liege, hier mit Strafen dagegen vorzugehen, und auch Falle eines Vorgehens wäre das Problem damit nicht beseitigt.

Referatsleiter Frey erläutert noch, dass dieser Platz als Streethockeyplatz ungeeignet sei, da auch hier die Abstandsflächen nicht eingehalten werden, da es sich um ein Wohngebiet handle.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt weiter noch, dass vom Stadtrat in vorangegangener Zeit entschieden worden war, dass dieser Platz zum Baugebiet baurechtlich überplant wird.

Jonas Storz fragt, ob eine Vertiefung des Platzes dem Problem Lärmschutz entgegen kommen würde.

Oberbürgermeister Lehmann antwortete hierauf, dass die Rechtslage anders sei, und dies nicht abhelfen würde.

Jonas Pioch fragt, ob der Platz nicht einfach aufgeräumt und neu geteert werden könnte und Jugendliche könnten dann einfach dort spielen, bis sich jemand beschwert.

Oberbürgermeister Lehmann wehrt diesen Vorschlag ab, da die Kosten hierfür zu hoch wären, den Platz zu erst zu teeren, und ihn kurz danach zu einem Baugebiet zu erklären.

Jonas Pioch fragt, ob es einen alternativen Platz zum Streethockeyspielen gäbe.

Oberbürgermeister Lehmann sagt, dass er das zusammen mit Herrn Huttenloher prüfen wird und vielleicht außerhalb der Stadt die Möglichkeit bestehe, aber der Jugendbeirat müsste in Erfahrung bringen, ob die Jugendlichen auch bereit wären, einen Platz außerhalb des Stadtgebietes (ausgelassenes Teilstück B 17) zu nutzen.

Ergebnis:

Wegen der Nähe zur Wohnbebauung kann auf dem Gelände des ehemaligen Eisstadions kein Streethockeyplatz errichtet werden. Begründung: nicht einzuhaltende Schutzabstände.

Die Kenntnisnahme wird festgestellt.

zu 10 Basketballplatz Obere Wiesen
Vorlage: 1168/2007-130

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, dass die Planungen für diesen Platz bereits laufen, und der Bau demnächst abgeschlossen wird. Auf Nachfrage erklärt er noch einmal die genaue Lage des Platzes.

Jonas Pioch beklagt, dass viele Jugendliche sagen, es sei kein Streetballplatz.

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, es sei ein großer Platz mit Basketballkörben, der im Einvernehmen mit den Bewohnern geplant wurde.

Ergebnis:

Der Jugendbeirat nimmt davon Kenntnis, dass die Bewohner des Baugebiets Obere Wiesen mit in die Planungen des Kinderspielplatzes und der sonstigen Anlagen einbezogen wurden.

zu 11 Sportplatz Grundschule Katharinvorstadt
Vorlage: 1169/2007-130

Oberbürgermeister Lehmann erklärt, es sei nur ein allgemeiner Sportplatz für die Zeit gewesen bis der andere Bolzplatz fertig war. Am südlichen Ende des Baugebiets Obere Wiesen sei ein weiterer öffentlicher Sportplatz mit Basketballkörben.

Ergebnis:

Der Jugendbeirat nimmt davon Kenntnis, dass eine Erweiterung der Nutzungszeiten des Sportplatzes an der Grundschule Katharinenvorstadt derzeit nicht angestrebt werden sollte.

zu 12 Wünsche und Anträge

Es wurden keine Wünsche und Anträge geäußert.

Nächste Jugendbeiratsitzung:

13. September 2007 um 18:00 Uhr im Jugendzentrum der Stadt Landsberg am Lech in der Spöttinger Straße 20

Jugendreferentin Juchem entschuldigt sich für die nächste Sitzung, da sie zu dieser Zeit im Urlaub ist.

Oberbürgermeister Lehmann bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht eine schöne Zeit.

Für die Richtigkeit

Stadt Landsberg am Lech

Sven Curmann
Protokollführer

Ingo Lehmann
Oberbürgermeister